

Unabhängige Wählergemeinschaft Butzbach (UWG)

An die
Butzbacher Zeitung

35510 Butzbach



21.02.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bitten, folgende Pressemitteilung der UWG bezüglich des Artikels "SPD Butzbach für Schaffung von Wohneigentum im Schlossgartenweg" vom 21.02.2006 in der Butzbacher Zeitung zu veröffentlichen:

SPD Butzbach betreibt bezüglich der US Wohnhäuser im Schlossgartenweg falsches und unehrliches Spiel mit der Bevölkerung.

Die SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordert in ihrer Pressemitteilung vom 21.02. in der Butzbacher Zeitung bezüglich der ehemaligen US Wohnungen im Schlossgartenweg zum Handeln auf.
Diese Aussage bedarf einer Richtigstellung.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft Butzbach (UWG) hatte, wie bereits in einem Pressebericht der Wetterauer Zeitung vom 08.11.2005 zu lesen war, den Erwerb der genannten Wohnhäuser als sozialen Wohnraum gefordert und dies auch in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

Der am 09.11.2005, einen Tag nach der UWG-Veröffentlichung gestellte Antrag der SPD auf Prüfung des Erwerbs dieser Wohnhäuser durch den Magistrat, wurde von der UWG durch einen Änderungsantrag mit dem Ziel unverzüglicher konkreter Verhandlungen des Magistrats mit dem Bundesvermögensamt erweitert.
Die Wohnhäuser werden nämlich nicht wie im SPD Antrag formuliert demnächst frei, sondern sind bereits vor Monaten von den US Behörden an das Bundesvermögensamt zurückgegeben worden.

Bei den vorhandenen Wohngebäuden handelt es sich um absolut wertvollen Wohnraum nahe des Kernbereichs der Innenstadt mit kurzen Wegen für junge Familien, insbesondere aber für ältere Bürgerinnen und Bürger zur gesamten Infrastruktur der Innenstadt wie Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafes, Verwaltung wie auch des Bahnhofes.

Infolge der Tatsache, dass es bereits einige Anfragen privater Investoren gab, und die Butzbacher Wohnungsbaugesellschaft ca. 230 Wohnungssuchenden auf ihrer Warteliste hat, sollte unverzüglich gehandelt werden.

Dieser Antrag der UWG wurde der Stadtverordnetenversammlung am 07.02.2006 zur Entscheidung vorgelegt.
Der Antrag wurde mit Mehrheit, insbesondere aber infolge verletzter Eitelkeit geschlossen von der SPD abgelehnt.

Die nun öffentlich erhobene Aufforderung der SPD zum Handeln ist nach Ablehnung des UWG Antrags zu unverzüglichem Handeln eine bodenlose Unverschämtheit und an Unehrllichkeit kaum noch zu übertreffen.
Es reicht zur Verbesserung des sozialen Wohnungsbaues nicht, wenn der Vorsitzende der SPD 60 plus Karlheinz Hümmer auf einer überörtlichen SPD Veranstaltung das Schlagwort „Genossenschaftliches Bauen“ gehört hat, und nun glaubt, sich ein persönliches Denkmal setzen zu können, indem er ohne eigentlich zu wissen was genossenschaftliches Bauen bedeutet dies als alleinige Lösung anpreist.

Die Forderung der SPD die Flächen vom Bundesvermögensamt den Kommunen kostenlos zu überlassen ist zwar eine populäre Forderung, die Realität allerdings sieht anders aus.

Im Gegenteil, wer der Bevölkerung im Wissen, dass dies niemals Realität wird Versprechen macht, handelt nicht nur unehrlich sondern auch verantwortungslos.

Wer vor der Wahl den Bürgerinnen und Bürgern alles verspricht, nachher diese aber wie die SPD Butzbach bei Entscheidungen nicht mehr einbezieht, hat jegliche Glaubwürdigkeit einer Vertretung der Bürgerinnen und Bürger verloren.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Steiner
UWG Pressesprecher